

Vernehmlassung der Elternlobby Bern zur Revision des Volksschulgesetzes

Mehr Unterstützung für Bildungsvielfalt – und keine Diskriminierung von kleinen Privatschulen

Die Berner Regionalgruppe der Elternlobby Schweiz begrüsst die Absicht des Regierungsrates, die traditionellen Kantonsbeiträge für Privatschulen zu erhöhen und insbesondere auch den Steinerschulen zugute kommen zu lassen. In ihrer Vernehmlassung zur Teilrevision des Volksschulgesetzes bezeichnet sie jedoch die vorgeschlagenen 2000 Franken pro Volksschüler als zu niedrig. Und sie bemängelt vor allem, dass ausgerechnet kleine und junge Privatschulen mit innovativen Konzepten weiterhin keine Unterstützung erhalten sollen.

Die Berner Regionalgruppe vertritt die knapp 300 Mitglieder der Elternlobby Schweiz, die im Kanton Bern wohnen. Dazu gehören Eltern, die ihre Kinder sowohl der staatlichen Volksschule als auch privaten Schulen anvertrauen. Die Berner Elternlobby tritt langfristig für die freie Schulwahl und grundsätzlich für ein vielfältiges und innovatives Bildungswesen sein. In ihrer 11-seitigen Vernehmlassung begrüsst sie die Kernanliegen der vorgeschlagenen Teilrevision des Volksschulgesetzes, insbesondere die Förderung von Tagesschulen und Blockzeiten.

Es handelt sich um Innovationen, die sich vielfach in privaten Schulen bereits bewährt haben. Zur Neuregelung der Kantonsbeiträge an Schülertransporte fordert die Elternlobby, dass diese nicht Schulschliessungen in kleinen Dörfern fördern dürfe und keine neuen Diskriminierungen von Eltern bringen dürfe, die ihre Kinder in eine private Schule schicken. Das vorgeschlagene Alkoholverbot für Schulanlässe soll nach Ansicht der Elternlobby durch ein Rauchverbot an solchen Anlässen in geschlossenen Räumen ergänzt werden.

Kritik am Ausschluss von Montessori- und andern innovativen Schulen

Schwerpunkt der Vernehmlassung der Elternlobby sind jedoch die regierungsrätlichen Vorschläge für eine verstärkte Unterstützung von Privatschulen, die nicht gewinnorientiert sind und keine Kinder ausgrenzen. Konkret sieht der Regierungsrat vor, Kantonsbeiträge nur an Schulen auszurichten, die mindestens 20 Jahre alt sind und mehr als 100 Volksschüler unterrichten. Die Elternlobby ist mit diesen Kriterien nicht einverstanden. Kein anderer Kanton hat in seinen Gesetzen und Verordnungen derart einschränkende Bedingungen formuliert. Die Anwendung der vorgeschlagenen Kriterien hätte zur Folge, dass ausgerechnet Schulen, die originelle Beiträge zur viel geforderten Innovation und Vielfalt im Bildungswesen leisten, weiterhin keine Kantonsbeiträge erhalten würden.

So erreicht etwa die Montessori-Schule Bern mit ihrer international anerkannten Reformpädagogik die geforderte Mindestschülerzahl nicht. Und weitere bewährte Privatschulen blieben zusätzlich auch aufgrund ihres jungen Alters von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen. Das gilt namentlich für die Schulkooperative Biel, die – schweizweit ziemlich einmalig – die Eltern als Unterrichtende einsetzt, oder auch für die Ressourcenorientierte Schule (Reosch) in Bern, die ihren Unterricht auf Kampfkunst und Mentaltraining aufbaut und damit gerade bei Jugendlichen grosse Erfolge vorweisen kann.

Höhere Kantonsbeiträge wären gerechtfertigt

In ihrer Vernehmlassung kritisiert die Elternlobby Bern auch die vorgeschlagene Höhe des Pro-Kopf-Beitrages an Volksschüler in Privatschulen. Sie macht geltend, dass die Entlastungswirkung der Privatschulen für die staatliche Volksschule grösser ist als vom Regierungsrat bei 2000 Franken veranschlagt. Sie erinnert daran, dass die offiziellen Empfehlungen für Entschädigungen unter Gemeinden und Kantonen bei auswärtigem Schulbesuch deutlich höhere Beträge vorsehen (Empfehlungen der Erziehungsdirektion für Gemeinden: 3400 bis 4200 Franken / Empfehlungen der Erziehungsdirektorenkonferenz für Kantone: 9000 bis 13'500 Franken). Zudem macht die Elternlobby auf die qualitative Entlastung des Staates aufmerksam, wenn Privatschulen Kinder mit besonderen Bedürfnissen aufnehmen und selber für den individuellen Förderunterricht und nötige Therapien aufkommen müssen.

Deshalb erachtet die Elternlobby einen höheren Beitrag als 2000 Franken als angemessen. Sie wünscht auch eine verbindlichere Zusicherung der Beiträge im Gesetz und mittels Mehrjahreskrediten, da die betroffenen Schulen auf Rechts- und Planungssicherheit angewiesen sind. Sie erwartet zudem, dass der Kantonsbeitrag auch für Kindergarten-Kinder ausgerichtet wird – dies auch im Hinblick auf die Einführung der Basisstufe.

Mehrkosten im Promille-Bereich bewirken ein Mehrfaches an Investitionen

Die Elternlobby gibt zu bedenken, dass sich die Mehrkosten im Promillebereich des bernischen Volksschulbudgets von 1,4 Milliarden Franken bewegen werden und somit verkräftbar sind – auch angesichts generell sinkender Schülerzahlen. Die Beiträge an Privatschulen sind als Investitionen zu betrachten, die ein Mehrfaches an privaten Bildungsausgaben auslösen. Mit einem jährlichen Kantonsbeitrag von vier bis sechs Millionen Franken können private Bildungsausgaben von 40 bis 60 Millionen Franken gesichert werden.

Die Elternlobby kritisiert auch die vorgeschlagene Ungleichbehandlung von internationalen Schulen und andern Privatschulen. Sie beantragt konkret die Streichung (oder zumindest eine Lockerung) der vorgeschlagenen Kriterien Schulgrösse und –alter. Als Alternative schlägt sie vor, alle Privatschulen gleich zu behandeln und als Grundlage für Kantonsbeiträge folgenden Satz ins Volksschulgesetz zu schreiben (Art. 67 Abs. 2):

*„Beitragsberechtigte Privatschulen
a tragen bei zu pädagogischer Vielfalt und Innovation im Bildungswesen oder
b entlasten die (staatlichen) Volksschulen von besonderen Aufgaben.“*

8.7.2007

Weitere Informationen (insbesondere vollständiger Vernehmlassungstext):

www.elternlobby.ch (→ Kantone → Bern)

E-Mail: bern@elternlobby.ch

Auskunftspersonen zur Vernehmlassung der Elternlobby Bern:

Ida-Maria Ledergerber, Koordinatorin Elternlobby Bern, Bolligen, 031 921 68 84
Oder: Bruno Vanoni, Elternlobby Bern, Zollikofen, 079 405 65 52

Finanzielle Auswirkungen für den Kanton Bern (Schätzungen):

Ist-Zustand: 1,6 Mio. für 800 Volksschüler in drei Privatschulen (NMS, Muristalden, Freigymmer)
Entwurf Regierungsrat: + 2,6 Mio. für weitere 1300 Volksschüler (insbesondere in Steinerschulen)
Elternlobby: maximal + 2,2 Mio für höchstens 1100 weitere Volksschüler in weiteren Privatschulen, die nicht gewinnorientiert sind und niemanden ausgrenzen.